

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 36/39
Telex: 06 88 846-48 ppbn d

Inhalt

Dietrich Sperling MdB,
Parlamentarischer Staats-
sekretär beim Bundesbau-
minister, spricht sich
für eine Lobby der Rad-
fahrer aus.

Seite 1/2

Karin Hempel-Soos, Mit-
glied des ASF-Bundesvor-
stand, untersteicht die
Notwendigkeit, mehr Frauen
Verantwortung in der SPD
zu übertragen.

Seite 3/4

Wilhelm Nölling, Finanz-
senator der Freien und
Hansestadt Hamburg, setzt
sich für eine Ausweitung
der Tätigkeit von Unter-
nehmen der öffentlichen
Hand ein.

Seite 5/7

Uwe Holtz MdB zu den Plä-
nen des CDU-Abgeordneten
Todenhöfer: Mit Kanonen-
boot-Politik in die 80er
Jahre.

Seite 8

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

34. Jahrgang / 148

6. August 1979

Gute Zwecke brauchen eine Lobby

Radfahrerverbände sind willkommen

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Die Radfahrer führen Demonstrationsfahrten durch und haben angefangen, sich zu organisieren. Das Umwelt-Bundesamt unterstützt diese Bemühungen. Dem kann man entgegenhalten: Noch'n Verband, wozu denn das? Doch so abwegig, wie er zunächst scheint, ist dieser Gedanke nicht.

Politische Entscheidungen, auch die von Parlamenten, fallen nicht nach herrschaftsfreier Diskussion und nach der reinen Vernunft, sondern unter Abwägung vielfältiger Interessen, die meist organisiert sind und ihre eigene Vernunft nachdrücklich zur Sprache bringen. Es ist eine alte Weisheit, daß Interessen, die nicht organisiert sind, weniger Chancen haben, als die mit Büros, Lobbyisten und Geld.

Radfahrer gehören ganz sicher nicht zu den großen Gruppen ohne Lobby in unserer Gesellschaft. Das sind andere: Kinder, Behinderte, alte Menschen, um nur einige zu nennen. Betrachtet man jedoch kleinere Bereiche, etwa den der innerstädtischen Erschließung und der Gestaltung von Verkehrswegen, dann ergibt sich ein völlig anderes Bild: Alle haben ihre Lobby, die Einzelhändler in der Stadt, die Einkaufszentren vor der Stadt, vor allem die Autofahrer. Es gibt genug Interessen, die für einen möglichst autofreundlichen Stadtausbau sorgen.

Es gibt mehr Fahrräder als Autos und die meisten der in den Städten zurückgelegten Wege sind so kurz, daß sie auch per Fahrrad zurückgelegt werden könnten. Der Stand des Ausbaus der Wege für die Radfahrer steht jedoch in keinem Verhältnis zur Bedeutung des Fahrradverkehrs und zu seinen Möglichkeiten.

Das wirtschaftlich, ökologisch und städtebaulich sinnvolle Verkehrsmittel Fahrrad hat keine Lobby. Es ist nur sinnvoll und konsequent, wenn auch dieses von organisierten Interessen umgebene stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt wird. Die Fahrrad-Lobby braucht Unterstützung. Sie kann dazu beitragen, daß auch die "allgemeinen Interessen", die sie vertritt - der Wirtschaftlichkeit und der Erhaltung von Innenstädten mit menschenverträglicher Luft - stärker gehört werden.

Das ist nötig.

(-/6.8.1979/vo-he/ca)



Ein Plädoyer für Frauen

Mehr weibliche als männliche SPD-Wähler in NRW

Von Karin Hempel-Soos

Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Wiedermal ertönt in unserem Land der Ruf nach dem starken Mann beziehungsweise generell nach starken Männern, ertönt der Ruf nach einer sauberen Jugend und nach der ureigentlichen Berufung der Frau für den heimischen Herd. Frauen machten dann nämlich nicht nur endlich ihre schlecht bezahlten Arbeitsplätze für Männer frei, veredelten mit Harmonie den harten Lebenskampf ihrer Partner, sie hätten auch die geballte Glückseligkeit der Kindererziehung sowie ein angemessenes Taschengeld für sich. Das sind wie gesagt keine neuen Überlegungen, denn schon um 1939 konnte man/frau hören: "Es ist die größte Idee des Nationalsozialismus, daß die Frauen zurückgeführt werden sollen zu Heim und Herd, wo sie dem Mann durch ihre Liebe und Sorglichkeit die Basis zum Schaffen bereiten" (Martha Göbbels).

Bis in die Jetztzeit haben wir denn ja auch mitbekommen, wo es hinführt, wenn Frauen versehentlich bis konsequent von politischen Entscheidungen ausgeschlossen beziehungsweise ferngehalten werden.

Bedauerlicherweise ist es so, daß diesem Übel nicht mit blumigen Sprüchen abgeholfen werden kann. Auch schaffen Vorlesungen, Deklamationen oder gar Verlautbarungen über Emanzipation keine Plätze in Parteivorständen und Parlamenten, um Frauen angemessen zu beteiligen. Da müssen Männer schon Plätze freimachen. In der für sie so gewonnenen Freizeit könnten sie dann die Partnerschaft in der Familie pflegen und die notwendige Entspannung eben auch bei der Glückseligkeit der Kindererziehung finden.

Da aber heute bei der allgemeinen Forderung "Mehr Frauen in die Politik" selbst die politischen Verantwortlichen (Männer) immer nur an Meerfrauen oder Meerjungfrauen denken, darf Mann sich nicht wundern, wenn tatsächlich immer mehr Frauen in die Politik drängen.

Bei der SPD sieht das so aus, daß weit mehr Frauen in die Partei eintreten, als Männer diese verlassen. Insgesamt liegt der Frauenzuwachs um ein Drittel höher als der Zuwachs an Parteimitgliedern überhaupt. In Nordrhein-Westfalen ist der Männeranteil von 1974 auf 1978 von 78,7 auf 75,9 Prozent gesunken, der Frauenanteil im selben Zeitraum von 21,3 auf 24,1 Prozent gestiegen. Von den über 65.000 ehrenamtlichen Funktionären, die für die SPD auf allen Ebenen arbeiten, stellen die Männer cirka 75.000 und die Frauen cirka 10.000. Das wird dann ja auch in der Umsetzung von politischen Beschlüssen deutlich!

Trotzdem läßt sich aus den letzten Landtags- und Bundestagswahlen eine überdeutliche Tendenz ablesen, daß von 100 weiblichen Wählern mehr die SPD wählen, als von 100



männlichen Wählern. Das Vorurteil, Frauen würden konservativ wählen und daher gehörte ihnen eigentlich das Wahlrecht wieder "abgesprochen", wird also meist nur zur Legitimierung benutzt, Männer bevorzugt für Führungspositionen zu küren.

Eine Sozialdemokratie, die in den vergangenen zehn Jahren dafür gesorgt hat, daß Frauen im allgemeinen Bildungsbereich mit den Männern gleichgezogen haben und politisch überdurchschnittlich sensibilisiert worden sind, sollte die Klugheit und Menschlichkeit der Frauen nutzen, auch die Politik menschlicher und verstehbarer zu machen. Die SPD hat nicht zuletzt im Orientierungsrahmen zur Vertrauensarbeit sehr existentielle Aussagen beschlossen. Politik vertrauensvoll und nachvollziehbar an den Bürger zu bringen, von ihm politische Anregungen und Vertrauen wieder mit zurück in die politische Arbeit zu nehmen, ist eine Zukunftsaufgabe der SPD und ohne deren Frauen nicht zu leisten.

Darum sagt die ASF zwar Ja zum organisatorischen Zusammenrücken von Parteiführung, Parteigliederung und Parteimitgliedern, aber auch, daß dies nicht alles sein kann, sondern, daß die Partei offensiv und perspektivisch die Zukunftsfragen unserer Gesellschaft angehen muß. Verwaltung kann bei der Regierungsarbeit nicht alles sein, für die Parteiarbeit darf sie es nicht sein.

Uns allen stehen schwere politische Auseinandersetzungen zur Kernenergie bevor, ebenso in Fragen der sozialen Sicherung unserer Bürger sowie der Arbeitsmarkt- und Familienpolitik. Hinzu kommt die Auseinandersetzung über den Themenkomplex Hin- oder Zuwendung unseres Staates zum Bürger und umgekehrt, charakterisiert durch die Schlagworte Bürger-nähe und Staatsverdrossenheit.

Der SPD-Parteivorstand sollte dem Zustand der politischen Landschaft Rechnung tragen. Arbeitsteilung in der Führungsspitze mit programmatischer Schwerpunktsetzung verbunden, könnte dazu führen, daß neben Regierungsgeschäften, internationalen und Organisationsfragen auch die Themen soziale Sicherheit, Familienpolitik, Bürger und Staat mit einer personellen Entscheidung politisch deutlich unterstrichen werden. Der Parteivorstand dürfte noch genügend geeignete Frauen für die politische Arbeit entdecken, wenn er sich künftig häufiger außerhalb seiner im wesentlichen den Männern vorbehaltenen Vorstandsetagen umschauchen wollte.

(-/6.8.1979/ks/ca)

+ + +



Nicht nur in klassischen Bereichen

Ohne Gemeinwirtschaft keine Marktwirtschaft

Von Dr. Wilhelm Nölling

Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Nicht nur in den letzten 20 Jahren, sondern seit über 150 Jahren hat der Staat selbst, und in dem Maße, wie er sich ihrer bediente, die öffentliche Hand als Teilnehmer einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung der politischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen an unsere gesellschaftliche Ordnung geleistet.

Wenn wir uns die Wirtschaftsgeschichte ansehen, dann hat unbestreitbar der Staat vom Beginn der europäischen Industrialisierungsphase an seinen ganz entscheidenden Einfluß auf die Entfaltung des "Kultur- und Wohlfahrtsstaates" ausgeübt.

Hans Ritschl, Professor der Finanzwissenschaft, der wie kaum ein anderer für Verständnis und Einsicht in diese Zusammenhänge unserer Wirtschaftsforderung geworben hat, ist es zu verdanken, daß viel Aufklärung betrieben und Vorurteile und Unwissenheit abgebaut wurden. Er hat zum besseren Verständnis den Begriff von der "dualistischen Wirtschaftsordnung" geprägt, die gekennzeichnet ist durch ein ergänzendes Nebeneinander von Privat- und Gemeinwirtschaft. Es ging ihm, dem Wissenschaftler darum, dieses ergänzende Nebeneinander nicht nur zu erklären, sondern auch um politisches Verständnis zu werben, warum dieses duale System aus ökonomischen und sozialen Gründen für unsere Breitengrade den vielfältigen Aufgaben am ehesten gerecht werden könnte.

Wenn wir von den Zielen und Aufgaben sprechen, die öffentliche Unternehmen zu erfüllen haben, sollten folgende Stichworte fallen: Es geht um die Berücksichtigung des öffentlichen Interesses im umfassendsten Sinne, um Daseinsvorsorge. Die Unternehmen sichern aber auch die Existenzgrundlage unserer Wirtschaft überhaupt. Die Marktwirtschaft ist nicht funktionsfähig ohne diese ihre gemeinwirtschaftlichen Grundlagen. Sie leisten einen Beitrag zum Wettbewerb und zur Intensivierung dieses Wettbewerbs, dort wo es möglich ist, und zum Beispiel leistungsgebundene Monopole, die von der Sache her erforderlich sind, einen Wettbewerb nicht ausschließen. Verbraucherpolitik, Verbraucherschutz, Ausbau der Mitbestimmung, Humanisierung der Arbeitsbedingungen, Verbesserung der Produktivität und der betriebswirtschaftlichen Rationalität, eigenständige Beiträge zum Umweltschutz und - aus aktuellen Gründen - zum Energiesparen sind weitere Bereiche, in denen sie Initiativen entfalten können. Außerdem haben die öffentlichen Unternehmen über diese Ansätze hinaus mit ihrer Preis- und Investitionspolitik die Standortpolitik der Regierung für den jeweiligen Wirtschaftsplatz mit zu unterstützen. Zusammenfassend: Diese Unternehmen haben ihr unternehmerisches Handeln heute umfassend an struktur-, konjunktur-, beschäftigungs- und sozialpolitischen Zielen auszurichten.

Freilich: Diese Erwartungen und Zielsetzungen, können nicht für jedes Unternehmen in derselben Weise gültig sein. Es gibt eine Fülle von gewachsenen Strukturen. Insofern haben die Unternehmen immer ihren spezifischen Beitrag zur Erfüllung dieser Ziele zu leisten. Einige Zahlen der öffentlichen und kommunalen Unternehmen in Hamburg veranschaulichen das ökonomische Potential. Es gehören zu diesem Bereich rund 27.000 Beschäftigte. Die Unternehmen verfügen insgesamt über ein Vermögen von 23 Milliarden DM und haben im letzten Jahr einen Umsatz von rund 3,5 Milliarden DM erzielt. Die Freie und Hansestadt Hamburg ist als Gesellschafter inzwischen unmittelbar und mittelbar mit über 50 Prozent bei rund 67 größeren und kleineren Unterneh-



men beteiligt. Sie erhalten - einbezogen auch die kulturellen Unternehmen - inzwischen an Investitionszuschüssen, Verlustzuweisungen und Kapitalerhöhungen jährlich rund 350 Millionen DM aus dem Hamburger Haushalt und führen an ihn über Dividende, Konzessionsausgaben und Nutzungsentgelte rund 190 Millionen DM wieder ab.

Wir sind auch am Ende der siebziger Jahre der Meinung, daß etwa die Frage des Ausbaus gemeinwirtschaftlicher Einrichtungen Institutionen der Unternehmen nichts an Aktualität verloren hat. Einmal treten die Infrastrukturprobleme bei uns wieder zunehmend in das Bewußtsein der Öffentlichkeit. Veränderte Freizeitbedingungen und -ansprüche fordern das bestehende Kulturangebot heraus. Stadtsanierung und ballungsspezifische Belastungen erfordern marktunabhängige Entscheidungen. Diese Probleme lassen sich weitestgehend nur durch die öffentliche Hand und dort, wo dies mit einer entsprechenden Elastizität geschehen soll, mittels öffentlicher Unternehmen bewältigen.

Wir wissen zweitens, daß die große Zentrale Aufgabe unseres Jahrhunderts in der Entwicklung der bisher nicht industrialisierten Länder zu sehen ist. Es ist dabei von uns allen zur Kenntnis zunehmen - weil unstrittig -, daß die europäischen und japanischen Industrialisierungsmodelle nicht immer übertragbar und politisch auch nicht immer gewollt sind. Die neuen Industrialisierungen, die zur Zeit um uns herum im Gange sind, werden sicherlich zum wenigsten auf privatwirtschaftlichem Wege erfolgen. Von daher - und alle, die sich in der Welt umgesehen haben, wissen dies - werden auch an die Unternehmen der Industrienationen Forderungen und Bedingungen gestellt, die sie entweder nicht oder nur in der Kooperation mit der öffentlichen Hand oder mit öffentlichen Unternehmen erfüllen können. Ich verweise auf die Unabhängigkeit von Lieferinteressen, die im internationalen Geschäft eine zunehmende Voraussetzung darstellen.

Zum Dritten werden die öffentlichen Unternehmen auch weiter ihre unbestreitbar positive Rolle im Wachstumsprozeß der Volkswirtschaft nur spielen können, wenn sie nicht nur in ihren klassischen Bereichen weiter wachsen. Ich weiß, dieser Ansatz ist ordnungspolitisch nicht unumstritten. Dies bedarf der Diskussion - die auch wir zur Zeit im Senat führen - wie groß die Spielräume hier sein sollten und wo die politischen und rechtlichen Grenzen zu ziehen sind.

Wenn ich die drei Punkte zusammenfassend auf ihre Bedeutung hin analysiere dann bin ich sehr stark dafür, daß die Unternehmen der öffentlichen Hand im Rahmen der Entwicklungshilfe und der Rolle, die sie im Wachstumsprozeß spielen können, weitermachen sollten, vielleicht sogar intensiver bei der Frage des Transfer von technischem Wissen, und deren Verwertung nach innen und außen. Ich meine besonders Consulting-Aktivitäten, denn ich habe den Eindruck, daß vieles hier angefangen und erfolgreich betrieben worden ist. Für Hamburg beispielsweise stellt sich die Frage, ob wir nicht in Verbindung mit den betroffenen Behörden und vielleicht der Handelskammer eine Bestandsaufnahme vor-



nehmen müssen, aus der heraus sich eine Hamburger Entwicklungspolitik formulieren ließe, die die Aktivitäten der öffentlichen Unternehmen mit einbeziehen könnte.

In Hamburg sind die öffentlichen Unternehmen weitestgehend in privatrechtlicher Form organisiert, um ihnen den Spielraum zu geben, den sie zur Bewältigung ihrer Aufgaben brauchen. Der Senat erwartet deshalb als Gesellschafter und natürlich auch als Aufsichtsrat, daß sie sich im Rahmen der politischen und rechtlichen Vorgaben dieses Spielraums bedienen.

Welche Konsequenzen sollten sich daraus ergeben? Ich leite aus der Vielfalt der Zielsetzungen folgende Forderungen an das unternehmerische Verhalten ab:

1. Sie sollten sich als Unternehmer betätigen, das heißt, Neues unternehmen, neue Initiativen ergreifen, neue Technologien erforschen und, wenn möglich, bis zu einer bestimmten Marktreife auch entwickeln.
2. Das in den Unternehmen investierte öffentliche Kapital soll dem Allgemeinwohl dienen. Dies heißt in Hamburg gegenwärtig, daß wir es so einsetzen müssen, daß es zum Strukturwandel und zur Zukunftssicherung unserer Stadt beiträgt.
3. Es muß erwartet werden, daß Förderungshilfen, die die öffentliche Hand im technologischen Bereich für alle Unternehmen bereitstellt, von den Betrieben der öffentlichen Hand ausgenutzt werden. Dazu ist Information notwendig, die wir zur Verfügung stellen.
4. Die öffentlichen Unternehmen haben für ihre Beschäftigten auch einen Beitrag zur Humanisierung der Arbeitswelt und zur leistungsgerechten Entlohnung zu erbringen. Ausbildung und Fortbildung müssen zum unverzichtbaren Bestandteil langfristiger Unternehmensplanung werden. Die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau muß realisiert werden. Diese darf sich nicht nur auf die Bereitschaft beziehen, für gleiche Arbeit auch gleiche Entlohnung durchzusetzen, sondern muß auch die Chancengleichheit bei Bewerbungen und im beruflichen Aufstieg beinhalten.
5. Die öffentlichen Unternehmen haben genauso wie die öffentliche Verwaltung eine besondere Beschäftigungsverantwortung gegenüber Problemgruppen. Ich rege an, daß die öffentlichen Unternehmen generell mehr tun und sich vor allem um die Beschäftigung straffällig gewordener Jugendlicher kümmern.
6. Die kommunalen Unternehmen haben einen eigenständigen Beitrag zur Energieeinsparung zu leisten. Zu diesem Zweck werden sie in Hamburg in die Aktivitäten des Senats für den Bereich des öffentlichen Dienstes einbezogen.
7. Die Unternehmen müssen besonders sorgfältig auf ihre Informationspflicht achten. Die Realität zeigt, daß öffentliche Unternehmen einer gewissen sozialen Kontrolle durch die Öffentlichkeit und die öffentliche Meinung unterliegen. Ihre Informationspolitik sollte darauf abgestellt werden.

(-/6.8.1979/hi/ca)

+ + +



Mit Kanonenboot-Politik in die 80er Jahre

Der Unionspolitiker Todenhöfer möchte eine Eingreif-Truppe für die Dritte Welt

Von Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des entwicklungspolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestags

Der entwicklungspolitische Sprecher der Opposition möchte laut ap eine bewaffnete Eingreif-Truppe nicht nur für die arabischen Ölfelder, sondern gleich für alle Länder der Dritten Welt, die sich rohstoffpolitisch nicht in das Konzept der Unionsstrategen einpassen. Solange sich weder Herr Kohl noch der CSU/CDU-Kanzlerkandidat Strauß von diesen abenteuerlichen Plänen distanzieren, muß man leider annehmen, daß der Strauß-Freund Todenhöfer sagt, was sich andere Unionspolitiker vorerst nur zu denken wagen. Das wäre in der Tat ein äußerst gefährlicher Rückfall in die alte imperialistische Politik, von der gerade die Entwicklungsländer hofften, daß sie überstanden sei. Konservative hierzulande scheinen jedoch darauf keine Rücksicht nehmen zu wollen. Mit Kanonenboot-Politik in die 80er Jahre. Eine grausige Vision!

Für Politiker dieses Kalibers zählt allemal billiger Beifall mehr als verständnisvoller Einsatz, der auf einen Ausgleich der Interessen gerichtet ist. Und wenn die Politik des angeblich starken Mannes mit seiner allzeit bereiten Eingreif-Truppe nicht hilft, wird zusätzlich zum Instrument der Panikmache gegriffen; nach dem Motto: "Unsere Lebensinteressen sind bedroht, also müssen wir Waffen rasseln lassen." Gestern ein Volk ohne Raum - morgen ein Volk ohne Rohstoffe? Diesen Anfängen gilt es zu wehren!

Herr Todenhöfer hat seine alle bisherigen Maßstäbe der deutschen Entwicklungspolitik auf den Kopf stellende Eingreif-Truppen-Idee gerade zu dem Zeitpunkt geäußert, an dem die konservative Politikerin Margaret Thatcher Einsicht bewiesen hat. In Simbabwe mußte sie erkennen, daß es nicht genügt, eine Regierung zu installieren, die angeblich eine westlich orientierte Politik verfolgt. Daher ihre Forderung nach einer Beteiligung aller maßgeblichen Gruppen des Landes an der Regierungsverantwortung mit dem Ziel der Übernahme der staatlichen Gewalt durch die schwarze Mehrheit. Ob Herr Todenhöfer stattdessen lieber eine Eingreif-Truppe zur Befriedung des Landes entsandt hätte?

(-/6.8.1979/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

